

**Pressemitteilung**

**ZIA fordert jetzt schnell Klarheit beim „Heizungsgesetz“ und Klimaschutz mit wirtschaftlichem Augenmaß**

**Berlin, 25.6.2025 –** Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA), Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, fordert jetzt Klarheit beim Gebäudeenergiegesetz (GEG). „Die Bundesregierung muss jetzt für sichere Rahmenbedingungen für die Immobilienwirtschaft sorgen“, fordert ZIA-Präsidentin Iris Schöberl. „Derzeit ist ungewiss, was bleibt und was nun geändert wird.“ Es brauche jetzt Richtungssicherheit. Die Branche befinde sich in einer Art Schwebezustand, was zu Unsicherheiten in der Immobilienwirtschaft und bei Investoren führe, obwohl Investitionsbudgets bereitstünden.

Gleichzeitig fordert der ZIA geeignete Rahmenbedingungen, damit sich Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich rechnen – für Vermieter und Mieter gleichermaßen. „Klimaschutz gelingt nur, wenn er finanzierbar bleibt. Effizienz ist kein Selbstzweck, sondern muss am Nutzen-Kosten-Verhältnis gemessen werden. Die Energiekosten werden vielfach steigen – unabhängig davon, ob die Energie fossil oder erneuerbar erzeugt wird. Darum muss der Energieverbrauch aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen sinken, denn das steigert die Attraktivität der Immobilie und ist im gemeinsamen Interesse von Vermietern und Mietern“, betont ZIA-Präsidentin Iris Schöberl.

Der ZIA spricht sich für technologieoffene und praxisnahe Lösungen aus: Immobilienunternehmen haben sich CO₂-Ziele gesetzt bzw. unterliegen entsprechenden Kapitalmarkt-Anforderungen – diese sollen aber je nach konkretem Einzelfall mit maximalen Freiheitsgraden erfüllt werden können. Pauschale Verbote oder theoretisch überladene Vorschriften blockieren Investitionen und verfehlen in der Praxis häufig ihre Wirkung.

**ZIA-Schwerpunkt: Gebäude- und Energiesektor gemeinsam denken**

Der Verband schlägt vor, regulatorische Maßnahmen künftig danach zu bewerten, welche tatsächlichen CO₂-Reduzierungen sie pro investiertem Euro bringen – und zwar über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes hinweg. Nur so könne die notwendige Transformation gelingen, ohne Wohnraum oder Arbeitsstätten unbezahlbar zu machen, betont Schöberl.

Zentrale Punkte des ZIA-Vorschlags:

* Nutzen-Kosten-Relation in den Fokus rücken: Klimaschutzmaßnahmen sollen nach ihrer volkswirtschaftlichen Effizienz priorisiert werden.
* Technologieoffenheit ermöglichen: Eigentümer brauchen Handlungsspielräume, um die besten Lösungen vor Ort zu entwickeln.
* Zukünftige Kosten einbeziehen: Netzausbau, Spitzenlastkraftwerke und andere Systemkosten der Energiewende müssen in die Gesamtbilanz integriert werden.
* Nichtwohngebäude mitdenken: Für Büro-, Handels- und Logistikimmobilien gelten andere Anforderungen als im Wohnbereich – auch das muss Regulierung abbilden.

„Als Spitzenverband der Immobilienwirtschaft setzen wir uns für gute Rahmenbedingungen ein, die es Unternehmen ermöglichen, ihre Klimaschutzstrategien nach dem volkswirtschaftlich besten Nutzen-Kosten-Verhältnis umzusetzen“, so Schöberl.

---

**Über den ZIA**

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

**Kontakt**

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030 / 20 21 585 – 0

E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: [www.zia-deutschland.de](file:///C%3A%5CUsers%5Cbenjaminbenirschke%5CDownloads%5Cwww.zia-deutschland.de)